

Drei Fragen zur Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland

Das Wahlrecht gilt als zentraler Modus politischer Inklusion. In der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP ist festgelegt: »Wir wollen das Grundgesetz ändern, um das aktive Wahlalter für die Wahl zum Deutschen Bundestag auf 16 Jahre zu senken.« Zurzeit beschäftigt sich eine Kommission des Deutschen Bundestages mit der Zukunft des Wahlrechts. Wir haben Fachpolitiker/innen im Deutschen Bundestag im Kontext der Absenkung des Wahlalters drei Fragen zur Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland gestellt. Sarah Lahrkamp (SPD), Heidi Reichinnek (Die Linke) und Matthias Seestern-Pauly (FDP) haben geantwortet.

Sarah Lahrkamp (SPD), MdB

1. Wie stehen Sie bzw. wie steht Ihre Bundestagsfraktion zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre?

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich seit Jahren für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ein. Es ist eine Maßnahme, um die Rechte der Kinder und Jugendlichen zu stärken. Viele junge Menschen sind politisch interessiert und möchten ihre Zukunft gerne selbst mitgestalten. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass sie ihre Vertreter/innen selbst wählen können. Für die Einführung des Wahlalters ab 16 Jahre brauchen wir allerdings eine 2/3 Mehrheit des Parlaments. Die Ampelregierung kann dies nicht allein erreichen, daher werben wir auch bei allen Oppositionsparteien, sich mit uns gemeinsam für dieses wichtige Thema einzusetzen.

2. Bürgerbeteiligung ist insbesondere im kommunalen Alltag robust verankert. Wieso ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Angelegenheiten, die sie betreffen, wichtig für die Demokratie und welche Formen und Formate sind geeignet?

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Kommunen klappt schon ganz gut, auf der Bundesebene ist das leider nicht so ganz einfach. Kinder und Jugendliche haben besondere Interessen und Bedürfnisse und diese müssen mehr ins gesellschaftliche und politische Bewusstsein gerückt werden, sodass sie immer und überall eine wichtige Rolle spielen. Kinderfragestunden, JugendPolitikTage, Online-Befragungen, Jugendparlamente oder Jugendhearings sind gute Möglichkeiten, Kinder und Jugendliche zu beteiligen. Diese wurde zum Beispiel angewendet, um Kinder und Jugendliche an der Jugendstrategie der Bundesregierung zu beteiligen. Generell muss es ein besseres Verständnis dafür geben, dass Kinder und Jugendliche die besten Expert/innen sind für ihren Alltag und für ihr Leben.

3. Wie sehen Sie den Stand der Kinder- und Jugendbeteiligung in 10 Jahren und was können Sie auf Bundesebene anstoßen, um die Mitsprachemöglichkeiten der jungen Generation zu verbessern?

Ich bin Vorsitzende der Kinderkommission und ein Arbeitsschwerpunkt meiner Vorsitzzeit ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Wir führen Fachgespräche mit Expert/innen, geben Stellungnahmen ab und können so schauen, wo es noch Verbesserungspotenzial gibt. Natürlich werden dabei auch immer wieder

Kinder und Jugendliche selbst mit einbezogen. Ich hoffe, dass wir in 10 Jahren so weit sind, dass in jedem gesellschaftlichen und politischen Aspekt die Meinungen, die Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen eine wichtige Rolle spielen. Zentral dafür ist die Einführung der Kinderrechte ins Grundgesetz, allerdings können wir das auch nicht ohne die Oppositionsparteien umsetzen. Deshalb ist es nicht nur eine Aufgabe der Ampelregierung, sondern des ganzen Parlaments.

Heidi Reichinnek (Die Linke), MdB

1. Wie stehen Sie bzw. wie steht Ihre Bundestagsfraktion zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre?

Das Wahlalter auf 16 Jahre abzusenken ist ein absolut überfälliger Schritt und wird von meiner Partei seit langem gefordert. 16-Jährigen wird zwar zugetraut weitreichende Entscheidungen über ihre Zukunft zu treffen, beispielsweise wenn es um die Wahl eines Ausbildungsberufes geht – über die Rahmenbedingungen sollen sie aber nicht mitentscheiden dürfen, das ist absurd. Auf kommunaler und Landesebene sind entsprechende Änderungen teilweise schon seit Jahrzehnten erfolgt – der Bund sollte hier schleunigst nachziehen!

2. Bürgerbeteiligung ist insbesondere im kommunalen Alltag robust verankert. Wieso ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Angelegenheiten, die sie betreffen, wichtig für die Demokratie und welche Formen und Formate sind geeignet?

Demokratie wird nicht durch theoretische Vermittlung, sondern durch die Praxis erlernt. Kinder und Jugendliche fühlen sich von den politischen Entscheidungsträger/innen nicht ausreichend gehört und übergangen, insbesondere in der Corona-Politik. Wir müssen dringend die Möglichkeiten der Mitbestimmung ausweiten, um zu verhindern, dass die Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen letztlich auf unsere Demokratie als solche ausstrahlt. Ich empfinde alle Formen als geeignet, in denen Kinder und Jugendliche selbst zu Wort kommen – vorausgesetzt, ihre Meinung wird nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern auch angenommen. Demokratie-Simulationen sind nette Spiele – letztlich kommt es aber darauf an, dass Kinder und Jugendliche in den Bereichen, die sie selbst jeden Tag umgeben, auch mitbestimmen können!

3. Wie sehen Sie den Stand der Kinder- und Jugendbeteiligung in 10 Jahren und was können Sie auf Bundesebene anstoßen, um die Mitsprachemöglichkeiten der jungen Generation zu verbessern?

Ich wünsche mir sehr, dass wir in 10 Jahren schon die zweite Bundestagswahl mit Wahlalter 16 hinter uns haben. Es sollten flächendeckend Jugendparlamente mit eigenem Budget existieren und in Kitas und Schulen echte Mitbestimmung gelebt werden. Auf Bundesebene sollten wir vor allem den Anstoß geben, dass es eine Einigung auf bundeseinheitliche Qualitätsstandards für die Jugendbeteiligung gibt. Die Finanzierung einer solchen Beteiligungsoffensive sollte der Bund tragen, denn die leeren Kassen der Kommunen führen aktuell oft dazu, dass bei der Jugendbeteiligung zuerst gekürzt wird. Für unsere Demokratie ist das fatal!

Matthias Seestern-Pauly (FDP), MdB

1. Wie stehen Sie bzw. wie steht Ihre Bundestagsfraktion zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre?

In meinen Augen sind Kinder und Jugendliche so politisch wie lange nicht mehr. Vielfältiges Engagement unter anderem bei der Fridays for Future-Bewegung oder in politischen Jugendorganisationen steht beispielhaft hierfür. Die Freien Demokraten und ich unterstützen die Absenkung des Wahlalters auf 16 daher ausdrücklich, um

so der Stimme junger Menschen in der Politik mehr Gehör zu geben. Einen entsprechenden Antrag haben wir bereits vor zwei Jahren das erste Mal in den Bundestag eingebracht und durch einen Parteitagsbeschluss auch in unser Bundesprogramm aufgenommen. Ich freue mich deshalb, dass wir als Ampel-Koalition dieses Vorhaben im Koalitionsvertrag verankert haben. Den Gesetzentwurf zur Absenkung des aktiven Wahlalters bei Europawahlen haben wir bereits in den Bundestag eingebracht. Für die Bundestagswahl brauchen wir allerdings eine Änderung des Grundgesetzes und damit eine 2/3-Mehrheit im Bundestag. Nach Jahren der Blockade ist es an der Union, hier endlich mit der Zeit zu gehen und der Absenkung zuzustimmen.

2. Bürgerbeteiligung ist insbesondere im kommunalen Alltag robust verankert. Wieso ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Angelegenheiten, die sie betreffen, wichtig für die Demokratie und welche Formen und Formate sind geeignet?

Nahezu alle Entscheidungen, die heute getroffen werden, haben langfristige Auswirkungen und betreffen damit gerade Kinder und Jugendliche ganz besonders. Dies gilt beispielsweise beim Klimaschutz wie auch bei der Staatsverschuldung. Hinzu kommen all diejenigen Entscheidungen, die ganz unmittelbaren Einfluss auf Kinder und Jugendliche haben, zum Beispiel bei der Förderung von Jugend- oder Freizeiteinrichtungen oder Sportvereinen. Wenn Kinder und Jugendliche bei wichtigen Entscheidungen übergangen werden, dann verlieren sie früh das Vertrauen in unsere Demokratie. Genau das Gegenteil müssen wir als Politik daher vorleben: Wir müssen junge Menschen einbeziehen und sie für unsere Demokratie begeistern. Als Freie Demokraten setzen wir uns auf kommunaler Ebene daher an vielen Stellen für eine Stärkung unter anderem von Kinder- und Jugendparlamenten ein.

3. Wie sehen Sie den Stand der Kinder- und Jugendbeteiligung in 10 Jahren und was können Sie auf Bundesebene anstoßen, um die Mitsprachemöglichkeiten der jungen Generation zu verbessern?

Als Politik sind wir gefordert, die Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung stetig weiterzuentwickeln. Denn wir müssen sicherstellen, dass wir junge Menschen auch künftig erreichen. Dazu gehört zwingend, dass Politik dort stattfindet, wo junge Menschen ihre Zeit verbringen: in der digitalen Welt. Aber wir müssen auch »analoge« Formate finden, mit denen wir Kinder und Jugendliche für Politik und unsere Demokratie begeistern können. Während meiner Zeit als Vorsitzender der Kinderkommission des Bundestages in der vergangenen Wahlperiode haben wir deshalb unter anderem ein Konzept für eine sogenannte Kinderfragestunde erarbeitet und verabschiedet. Bei diesem kommen Schulklassen aus Deutschland in den Bundestag, um dort Ministerinnen und Minister und Staatssekretärinnen und Staatssekretäre im Plenarsaal zu befragen. Durch Corona konnte es leider zunächst nicht umgesetzt werden, doch ich bin in enger Abstimmung mit der Bundestagspräsidentin, um es baldmöglichst umzusetzen.

Autor/innen

Matthias Seestern-Pauly (FDP), MdB, geb. 28. Februar 1984 in Osnabrück. Matthias Seestern-Pauly ist u.a. Obmann im Familienausschuss des Deutschen Bundestages, Ordentliches Mitglied in der Kinderkommission sowie stellvertretendes Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement:

https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/S/seestern_pauly_matthias-858010

Heidi Reichinnek (Die Linke), MdB, geb. 19. April 1988 in Merseburg. Heidi Reichinnek ist u.a. Ordentliches Mitglied im Familienausschuss und in der Kinderkommission des Deutschen Bundestages sowie stellvertretendes

Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement:

https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/R/reichinnek_heidi-861074

Sarah Lahrkamp (SPD), MdB, geb. 4. Juli 1981 in Gronau. Sarah Lahrkamp ist Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestages und u.a. Ordentliches Mitglied im Familienausschuss:

https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/L/lahrkamp_sarah-860984

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Björn Götz-Lappe, Ulrich Rüttgers

Am Kurpark 6

53177 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de